

Bergedorfer Allgemeine

Das Bergedorfer Banken-Karussell

Auch an Bergedorf und seinen BürgerInnen geht das weltweite Monopolspiel der Banken nicht spurlos vorüber.



MONTAGE: BERGEDORFER ALLGEMEINE

Fängt man am Bahnhof an, trifft man zuallererst auf die Postbank. Diese wird gerade von der Deutschen Bank und Herrn Ackermann geschluckt. Dieselbe Deutsche Bank, die noch vor ein paar Jahren keine Kunden unter 200 000 Euro Vermö-

gen haben wollte, „weil sich das nicht lohnt“ versucht nun, das riesige „Kleinsparer- und Kleinkunden“-Potenzial der bisher eher biederen Postbank zu schlucken, ohne sich dabei zu verschlucken.

Sieht allerdings mit drei bis fünf Milliarden Verlust (wer

weiß schon so genau, wieviel?) in 2008 nicht gut aus und muss wohl doch noch unter Angelas Rettungsschirm. Auch die Postbank wird wohl einen großen Rettungsring brauchen und an Angelas Verlosung der Steuermilliarden teilnehmen. Geht man vom Bahnhof weiter,

kommt man an der Dresdner Bank vorbei. Diese wird gerade wegen zu hoher Verluste von der Allianz-Versicherung an die Commerzbank verschubelt. Braucht als Mitgift aber wohl auch etliche von Angelas Steuermilliarden, um hübsch genug als Braut zu sein. Die Commerzbank besorgt sich aus Angelas Handtäschchen mal soeben 33 Milliarden, um sich an der Dresdner Bank nicht zu verschlucken.

Wenn man als Steuerzahler und Bürger an diesen beiden Banken vorbei spazieren geht, kann man sich sogar einbilden, die Banken gehörten einem mit, denn die Commerzbank wurde zu 25 Prozent verstaatlicht. (Nee, nicht durch DIE LINKE., sondern durch CDU/SPD. Wer hätte das noch vor ein paar Monaten für möglich gehalten?)

Der Spaziergang führt uns weiter zur Hypo Vereinsbank. Nicht zu verwechseln mit der Hypo Real Estate – oder? Gott sei Dank hat sich die Hypo Vereinsbank rechtzeitig von der Hypo Real Estate getrennt. Denn diese hat so ca. 102 Milliarden Steuergelder des „Rettungsschirms“ nötig, Tendenz steigend, aber so genau weiß wieder mal keiner, wieviel. Immerhin werden sich die Bergedorfer BürgerInnen wohl bald auch einbilden dürfen, diese Bank gehörte ihnen mit. Die Überlegungen, die Hypo Real zu verstaatlichen, werden gerade heiß diskutiert.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Da ist die Hypo Vereinsbank aber sicher froh, dass sie ihre marode Schwesterbank rechtzeitig ausgegliedert hat. So sieht es nicht ganz so aus, als hätte sie mit diesen 100 Milliarden verbrannten Steuergeldern etwas zu tun.

Den Namen Hypo wird man sicher auch so schnell wie möglich loswerden wollen. Wer will schon so ähnlich heißen wie eine Bank, die kurz vor der Verstaatlichung steht?

Beim schlendern durch Bergedorf kommen wir nur wenige Meter weiter an der Commerzbank vorbei. Gehört ja jetzt den Staat und „uns“ zu 25 Prozent.

Nur 10 Meter weiter die Citibank. Dort haben wir noch mal Glück gehabt. Denn die Milliardenverluste dieser Bank trägt der amerikanische Steuerzahler, und Citibank Amerika ist fast pleite. Und die deutschen Filialen und Citibanker wurden an ein Schweizer Unternehmen notverkauft.

Keine Schlagzeilen gibt es (bis jetzt?) über die Sparda Bank.

Über die Haspa – ein paar Meter weiter – aber schon. Bei der Sparkasse, gerade als relativ sichere Bank hochgejubelt, wird gerne vergessen, dass sie hunderten BergedorferInnen Lehman-Brother-Zertifikate und isländische Staatsanleihen angedreht hat, die nichts mehr wert sind. Machen wir erstmal halt.

Wir sind keine 400 Meter durch Bergedorf gelaufen, aber an etlichen Schlagzeilen, Milliarden Verlusten und Kosten für den Steuerzahler.

Bergedorfer Allgemeine

Pariser Chic in Bergedorf

Fahrgäste am Bergedorfer Bahnhof mussten, wenn sie denn mussten, seit Monaten auf eine öffentliche Toilette verzichten. In ihrer Not pinkelten immer wieder einige durch den Maschendraht in die angrenzenden Grundstücke.

Das Ganze stinkt: den Anwohnern, den Fahrgästen und mit Ausnahme der Verantwortlichen fast allen Bergedorfern und Bergedorferinnen.

Endlich kommt „Hydra“. Das ist der Name einer Automatik-Toilette. Diese Einpersonen-Toilette soll kurz hinter der Bahnunterführung auf der linken Seite des Herzog-Carl-Friedrich-Platzes aufgestellt werden. Adel verpflichtet.

Hydra kommt aus dem Griechischen und war eine vielköpfige Wasserschlange. Der Name ist Programm. Die Fahrgäste stehen Schlange vor der Toilette und müssen Wasser lassen.

Sie müssen allerdings ein 50-Cent-Stück dabei haben. Dann geht alles automatisch: Öffnen, Schließen und Reinigung. Für die persönliche Reinigung müssen sie allerdings noch selbst Hand anlegen. Aber Vorsicht bei längeren Sitzungen.

Nach 20 Minuten öffnet sich die Tür wiederum automatisch. Sie müssen das Klo verlassen. Andere müssen ja schließlich auch mal.

Kinderreim: An diesem Orte wohnt ein Geist/der bei jedem, der zu lange sch.../ die Vordertür aufreißt.

Die dritte Zeile ist aus Zensurgründen abgewandelt. Wer sie richtig zitieren kann, darf einmal kostenfrei die Toilette im Hamburger Rathaus benutzen. Telefonische Anmeldung ist erforderlich.

Dort hat nämlich die Bürgerschaft beschlossen, „eine klare Bedarfsanalyse durchzuführen, ob und wenn ja, wo weitere Toilettenanlagen ... im öffentlichen Raum aufgestellt werden sollten“ (vgl. Bürgerschaftsdrucksachen 18/4982 und 18/5203).

Ich könnte mir ohne kostspielige Analysen vorstel-

len, dass dieses eine Klo in der Nähe des Bergedorfer Bahnhofs nicht ausreicht.

Um Bergedorf noch schöner zu gestalten, könnten weitere Ein-Personen-Klos an wichtigen Plätzen aufgestellt werden, z.B. vor der Kirche, auf dem Bergedorfer Markt, auf der Verkehrsinsel Mohnhof.*

Da drei beleuchtete Wände der Hydra für Werbezwecke genutzt werden können, wäre hier wohl auch ein Betätigungsfeld für BID (Business Improvement District) zu empfehlen.

Geld stinkt bekanntlich nicht, Hydra hoffentlich auch nicht.

** Aber Vorsicht! Diese Art Toiletten sind in Paris ständig besetzt. Für Prostituierte ist die Nutzungsgebühr günstiger als ein Zimmer im Stundenhôtel. Im Notfall könnte unser Bezirksamtsleiter Bergedorf zum Sperrgebiet erklären, wie sein Kollege in Hamburg-Mitte.*

Kommentar

Betreten Verboten

Das CCB wirbt mit einem Zitat des Bezirksamtsleiters Dr. Christoph Krupp: „Bergedorf ist dabei, sein Gesicht zu verändern. Wer in der Vergangenheit auf der B5 nach Bergedorf kam, hatte eher den Eindruck, auf einem Hinterhof gelandet zu sein. Wir wollen ...“

Nun denn. Heute wirkt der

Bahnhofsvorplatz eher wie Ground Zero oder wie nach einem Bombenangriff. Und das wohl noch sehr lange. Bald wird wohl auch der Schlosspark so aussehen. Fleißig werden dort die Bäume abgesägt, schneller als sie wachsen können. Gefahrengbiet, Alkoholverbot, Polizeirazzien und Umweltzerstörung.

Irgendwie wird man Bergedorfs Zentrum schon kaputt und menschenleer bekommen. Am Mohnhof und im hinteren Sachsentor hat man es ja schon fast geschafft. Bergedorfs Stadtteilzentrum menschenleer, wie ausgestorben und ein neues Ortsschild: BETRETEN VERBOTEN? (ba)

Von Jens Schultz

Auf der Bezirksversammlung am 18. Dezember 2008 beschloss eine „ganz große“ Koalition von SPD, CDU und GAL die Fortführung eines Projektes zur Straßensozialarbeit in Neuallermöhe. Dort sollen alkoholtrinkende Jugendliche bzw. Jungerwachsene betreut werden.

Natürlich ist so ein Projekt und dessen Finanzierung sinnvoll. Nach dem Willen der SPD, CDU und GAL soll dieses Projekt durch die Beschäftigung sogenannter „Ein-Euro-Jobber“ gewährleistet werden. Und hier wird es interessant: Die GAL „tut sich plötzlich schwer“, einem solchen Antrag zuzustimmen, die SPD will „nicht vordringlich“ Ein-Euro-Kräfte beschäftigen. Für die CDU sind Ein-Euro-Jobs und Hartz IV plötzlich „schwer zu schluckende Kröten“.

Blättern wir gedanklich einmal kurz zurück und stellen uns vor, wir wachen am Morgen des 1. Januar 2005 auf. Vor der Tür der Politiker von CDU, SPD und der GAL lag plötzlich das „Hartz-IV-Gesetz“.

Scheinbar ist es einfach vom Himmel gefallen, so kommt es jedenfalls einigen Vertretern dieser Parteien vor. Natürlich sind die Hartz-Gesetze von der damaligen Rot-Grünen Bundesregierung mit Unterstützung der Union im Bundesrat durchgedrückt worden. Diese Gesetze stellen den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik dar!

Dass die Ein-Euro-Maßnahmen bei der Integration von Arbeitslosen weitgehend ins Leere gehen, haben inzwischen verschiedene Analysen und Arbeitsmarktexperten

Ein-Euro-Jobber als Sozialarbeiter

Kollektiver Gedächtnisschwund bei CDU, SPD und GAL

festgestellt. Übrig bleibt ein repressives arbeitsmarktpolitisches Instrument, das Arbeitslose zwingt, einer Maßnahme nachzugehen, an deren Ende eben meist kein fester Arbeitsplatz entsteht. Vielmehr sinken die Chancen auf Integration.

Weiterhin wurde bekannt, dass in Hamburg 1 300 von 11 000 Ein-Euro-Job-Stellen gestrichen werden. Auch in Bergedorf werden Einrichtungen und Träger durch diese Maßnahme betroffen sein. Der Aufschrei ist groß: Einige Projektbeteiligten um ihren Fortbestand. Aber war es nicht so, dass durch

die Ein-Euro-Jobs zusätzliche Stellen entstehen sollten? Nach vier Jahren ist es inzwischen so weit, dass viele wichtige Projekte scheinbar zwingend auf die Dienste der Ein-Euro-Jobber angewiesen sind.

Wie lange dauert es noch, bis SPD, GAL und die CDU erkennen, dass die Forderung der LINKEN nach Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Rahmen eines Landesprogramms Arbeit das arbeitsmarktpolitische Gebot der Stunde ist?

Bergedorfer Allgemeine

Betroffene unerwünscht

Nachdem die Stadt Hamburg 1 300 „Ein-Euro-Stellen“ streicht, stellt sich heraus, dass auch in Bergedorf einige soziale Projekte davon betroffen und in ihrem Betrieb gefährdet sind.

Daraufhin hat die SPD in der Januarsitzung der Bezirksversammlung mit Unterstützung der CDU einen Antrag durchgesetzt, nach dem die Projektträger im Fachausschuss der Bezirksversammlung über die Auswirkungen berichten

sollen. Der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, doch auch die wirklich Betroffenen, nämlich die „Ein-Euro-Jobber/innen“ zu hören und dazu die Erwerbsloseninitiative PeNgl! einzuladen, wurde von der SPD und CDU strikt abgelehnt.

Immerhin: Die CDU und die SPD bleiben ihrem Kurs treu. Ihre Politik steht auch weiterhin für soziale Ungerechtigkeit und Repression gegenüber den Erwerbslosen.

Von Stephan Jersch

Ein bißchen was passt immer noch!

Die Aufwandsentschädigungen für die Bezirksabgeordneten sollen wahrscheinlich erhöht werden.

In der Bergedorfer Presse konnte man es bereits lesen: Der Vorsitzende der Bergedorfer CDU hofft auf mehr Geld. Die Bürgerschaft hat im Zusammenhang mit der Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Landesparlamentarier eine Kommission eingesetzt, die ermitteln soll, ob eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen auch auf Bezirksebene notwendig ist. Zwar sind die Gelder hier seit fast 20 Jahren nicht mehr erhöht worden, aber nach Meinung der Linksfraktion in der Bezirksversammlung, geschah dies auf einem sehr hohen Niveau. Parallel dazu sind der Bevölkerung immer mehr Einsparungen auferlegt worden.

Bezirksabgeordnete bekommen heute (wie vor 20 Jahren) 295,- Euro im Monat plus Sitzungsgelder. Ein Fraktionsvorsitzender geht mit 885,- Euro im Monat nach Hause. Angesichts dessen, dass nach dem Kahl-schlag im Sozialbereich durch SPD, CDU und Grüne ein Hartz-IV-Empfänger mit 350,- Euro im Monat auskommen muss, steht das in keinem vertretbaren Verhältnis. Schon heute spenden die Abgeordneten der LINKEN in der Bezirksversammlung Bergedorf die gesamten Aufwandsentschädigungen – das würde natürlich ...

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

... auch mit einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung passieren.

Kein Kommunalparlamentarier wird dazu gezwungen, in der Bezirksversammlung zu arbeiten – alle haben sich freiwillig hierfür beworben. Es ist ein Hobby, sicherlich ein zeitintensives Hobby, aber wer ist schon in der Luxusituation, für sein Hobby. Auch noch Geld zu bekommen? Wenn Gelder zu verteilen sind, dann nicht für eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen, sondern sie sollten dafür verwendet werden, die Löcher im sozialen Netz zu flicken und sie nicht noch größer werden zu lassen. Die Fraktion der LINKEN, in der Bezirksversammlung Bergedorf wird jede Erhöhung der Aufwandsentschädigungen ablehnen.

Impressum:**BERGEDORFER ALLGEMEINE**

Monatszeitung für Politik, Kultur und Sport des Bezirksverbandes DIE LINKE. Bergedorf. Redaktion: Zdravko Sisis (V.i.S.d.P.), Jann-Thorge Thöming, Alfred Dreckmann, Jens Schultz
Mitarbeit: Stephan Jersch
Auflage: 2500
Redaktionsschluss: 26.1.2009
Anschrift: DIE LINKE. Bezirksverband Bergedorf, Bergedorfer Str. 131, 21029 Hamburg, Tel: 040 / 25491253
Mail: redaktion@dielinke-bergedorf.de

Von Alfred Dreckmann

Beerdigung 1. Klasse

Bezirkspolitik „prüft“ seit 1 1/2 Jahren die Verkehrssituation an der Justus-Brinckmann-Straße – ohne Entscheidung.



FOTO: ALFRED DRECKMANN

Am 13. Juni 2007 fand in der Schule Ernst-Henning-Straße eine Podiumsdiskussion zur Verkehrssituation in der Justus-Brinckmann-Straße (JBS) statt. Auf dem Podium saßen neben einem Vertreter der Verkehrsinitiative JBS die Abgeordneten des Verkehrsausschusses des Bezirksparlaments Herr Corell (CDU), Herr Schrumm (SPD) und Frau Vollmer (GAL). Im Plenum saßen die AnwohnerInnen. Die Hauptforderungen der Initiative JBS und der AnwohnerInnen waren: Tempo 30 in der JBS, wie in den anderen Straßen des Wohngebietes. Einführung von Rechts-Vor-Links in der gesamten Straße zur Unterstützung der Tempo 30-Vorgabe und zur Erhöhung der Aufmerksamkeit an den bestehenden unübersichtlichen Kreuzungspunkten. Abmarkieren von Parkplätzen auf der Straße in einer Form, die das zweispurige Passieren unterbindet. Schaffung besserer/gefährloserer Querungsmöglichkeiten für FußgängerInnen (Fußgängerüberweg/Sprunginsel/Ampel in den Bereichen Glindersweg, Behrmannstift, Gojenbergsweg).

Die Forderungen der AnwohnerInnen nahmen die Kommunalpolitiker wohlwollend mit in ihren Ausschuss, um sie dort „ernsthaft zu prüfen“ und sie dann 1. Klasse zu beerdigen. Schon während der Veranstaltung trug der Vertreter der CDU „gewisse Bedenken“ vor: Die JBS wäre eine „Vorrangstraße“ und deshalb ein Problem für „Tempo 30“. Das wissen die AnwohnerInnen auch – und das wollen sie gerade geändert haben. Eine Verkehrsmessung hätte ergeben, dass es auf der JBS wenig Verkehr gäbe und überwiegend verkehrsgerecht gefahren würde. Da sollte sich Herr Correll von der CDU mal an die JBS stellen und eine sinnliche Wahrnehmung vornehmen. An der Kreuzung Gojenbergsweg könnten die Autofahrer den Zebrastreifen zu spät erkennen und dann einen Unfall verursachen. Na toll, das ist ja an dieser Kreuzung das Problem: Die AutofahrerInnen kommen mit 50 km/h oder mehr von der Holtenklinkerstraße hoch in eine Kurve, die kurz vor der Kreuzung Gojenbergsweg liegt

und von dort kaum einsehbar ist. Für Fußgänger, besonders für ältere Menschen, aber auch für die Schulkinder, ist die Überquerung dieser Kreuzung stets gefährlich. Aber auch für die Autofahrer, die vom Gojenbergsweg die JBS überqueren oder nach links bzw. rechts einbiegen wollen, ist diese Kreuzung eine echte Zumutung. Wenn schon die Autofahrer nach Meinung von Herrn Corell einen Zebrastreifen an dieser Stelle nicht rechtzeitig sehen können, dann muss eben eine Ampel her. Für eine Ampel sprach sich auch der SPD-Abgeordnete Schrumm aus, der ebenso wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Bezirksparlaments, Werner Omnizcinsky, für Tempo 30 plädierte. Herr Corell wollte „die Idee des rechts vor links ... zur ernsthaften Prüfung“ mit in den Verkehrsausschuss nehmen.

Frau Vollmer von der GAL referierte zunächst die Ansichten der Polizei und der VHH, die alles so lassen wollen, wie es ist. Mit einigem Wenn und Aber, mit der Absicht, dieses und jenes zu prüfen, wollte sie diese und jene Forderungen der Anwohner unterstützen. Mehr als 1 1/2 Jahre sind vergangen. Der Verkehr auf der JBS hat noch erheblich zugenommen. Keine der sinnvollen Forderungen der Anwohner sind bisher umgesetzt worden.

Ob der Verkehrsausschuss immer noch prüft? Jetzt sitzen fünf Parteien im Bezirksparlament. Alle Gewalt geht vom Volke aus, kehrt aber wohl nie zurück.